Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

SV — Gegr. 1840

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis ist freibleibend, die Einzelnummer kostet 15 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2.— Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 5 — Olpe, Montag, den 7. Januar 1924. — 84. Jahrg.

Der kaufmännische u. gewerbliche Mittelstand u die Gewerbesteuer.

Von Kaufmann Richard **Lange-Dittersbach.** M. d. L.

Die Verordnung über die vorläufige Neuregelung der Gewerbesteuer vom 23. November 1923 ist vom Landtage in namentlicher Abstimmung mit 197 gegen 110 Stimmen angenommen worden. Es muß doch der Staatsregierung sehr zu denken geben, wenn ihre Verordnungen mit einer solch geringen Mehrheit angenommen wird. Wir müssen es ablehnen, daß so wichtige Gesetze, welche einschneidend, in das Leben ganzer Berufsschichten sind, im Verordnungswege erlassen werden, da eine Notlage nicht vorlag. Nachdem nun der Landtag das Gesetz angenommen hat, ist es unsere Aufgabe, alle Unebenheiten, die dem Gesetz anhaften, durch Abänderungsanträge zu beseitigen. Grundsätzlich sind wir Gewerbetreibenden nicht gegen die Gewerbesteuer an sich, sondern nur gegen die Ueberspannung derselben. Die Erbitterung der Gewerbetreibenden gegen die Gewerbesteuer ist entstanden, weil die Kommunen gezwungen wurden, da ihnen die Zuschläge zur Reichseinkommensteuer genommen waren, ihre Bedürfnisse aus den Zuschlägen zur Gewerbe-, Betriebs-, Konzessions-, Grund- und Gebäudesteuer zu entnehmen, alles Steuern, die den gewerblichen Mittelstand bedrücken. Die Beträge dieser Steuern haben meistens ein vielfaches der Reichseinkommensteuer ausgemacht. Wenn die steuerliche Belastung des Mittelstandes so weiter geht, so ist mit mathematischer Sicherheit der Zeitpunkt zu errechnen, wo auch den Kommunen diese Steuerquelle versiegen muß, weil der gewerbliche Mittelstand weggesteuert ist. Dieser fordert deshalb, wie früher für die Gemeinden, die Zuschläge zur Reichseinkommensteuer und zwar aus folgenden Gründen:

Die Zuschläge zur Gewerbesteuer haben in den meisten Fällen die Stadt- und Gemeindevertretungen verleitet, Ausgaben zu billigen, die nicht unbedingt notwendig waren. Denn es ist doch für die Kommunalabgeordneten, soweit sie nicht dem Mittelstande angehören, eine sehr schöne Sache, etwas zu billigen, was der andere bezahlen muß. Vielfach sind neue Beamtenstellen geschaffen worden, die erspart werden konnten. Dann mußte es auch den Gewerbetreibenden verbittern, wenn da und dort ausgerechnet wurde, daß der Gehalts- und Lohnempfänger das Groß der Steuern aufbringen mußte, während die Wirklichkeit, wie oben gezeigt, ganz anders aussah. Die Ueberspannung der Gewerbesteuer hat also auch zu den Gegensätzen von Bevölkerungsschichten geführt, welche naturgemäß besonders aufeinander angewiesen sind. Denn gerade der Gewerbetreibende hat das ureigenste Interesse an einem kaufkräftigen Beamten und Arbeiter. Dann aber auch nicht zuletzt, weil der Nachwuchs der Beamten sich vielfach aus dem gewerblichen Mittelstand rekrutiert. Dann sagt Rechtsanwalt Dr. Krause Reichenbach mit Recht in seiner Denkschrift über die Stabilisierung der deutschen Währung, daß der alte gewerbliche Mittelstand besonders hochwertige vaterländische Eigenschaften, wie Sparsamkeit, Bürgersinn, Ehrlichkeit in Handel und Wandel, Pflichtbewußtsein, Verantwortlichkeitsgefühl usw. besaß. Diese Eigenschaften haben sich auch auf den deutschen Beamtenkörper, der zum größten Teil aus dem kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand hervorgegangen war, übertragen. Die sprichwörtliche Pflichttreue und Unbestechlichkeit des deutschen Beamten, welchen uns niemand in der Welt nachmachen konnte. Also aus vaterländischen Gründen haben wir alle ein Interesse an der Erhaltung eines leistungsfähigen Mittelstandes. Da aber die Gemeinden, solanges ihnen die Zuschläge zur Reichseinkommensteuer genommen, auf die Gewerbesteuer angewiesen sind, so trat an die Parteien die Frage heran, ob die Verordnung über die vorläufige Regelung der Gewerbesteuer eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustande bedeutet. Diese Frage ist zu bejahen. Denn unter anderem besagt der § 41 folgendes:

Zuschlagsbeschlüsse, die 200 v. H. übersteigen oder die Abweichungen gemäß § 41 Abs. 2 enthalten, bedürfen der Genehmigung.

§ 41 Abs. 2 lautet: die Zuschläge zu dem Steuergrundbetrage nach dem Kapital, dem nach der Lohnsumme sollen die gleichen sein, wie die nach dem Ertrage. Die Gemeinden dürfen jedoch Abweichungen bis zum Doppelten beschließen. Bei einer Ablehnung der genannten Verordnung waren die Gemeinden berechtigt, die zumeist viel höheren Zuschläge zu erheben. Also ist der Verbesserungswert vieler Mittelstandsfreunde doch ein Riesel vorgeschoben. Insofern stellt die Verordnung eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustande dar.

Wenn nun aber die Mittelstandsvertreter im Landtage gegen die Verordnung geklimmt haben, so geschah dies aus grundsätzlichen Erwägungen.

Wir müssen es ablehnen, daß der Modus den gewerblichen Mittelstand zu den Lasten der Kommunen besonders heranzieht, ferner daß unter anderm der § 1 Abs. 3 der Verordnung die Konsumvereine von der Gewerbesteuer befreit. Er lautet:

1. Der Gewerbesteuer unterliegen die stehenden Gewerbe einschließlich des Bergbaues, zu deren Ausübung eine Betriebsstätte in Preußen unterhalten wird.

2. Als Gewerbebetrieb gilt jedoch vorgesehen auf Gewinnerzielung gerichtete selbstständige Tätigkeit, die sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt.

3. Bei Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften liegt ein Gewerbebetrieb im Sinne dieser Verordnung nicht vor, wenn der Geschäftsbetrieb sich auf den Kreis der Mitglieder beschränkt. Das Gleiche gilt bei den in ihrer Hauptbestimmung als Zentralen der Genossenschaften wirkenden Gesellschaften m. b. H. und Aktiengesellschaften, deren Gesellschafter ausschließlich oder doch überwiegend die Bezeichneten Genossenschaften sind.

Nach dem letzteren sind also nicht nur die Konsumvereine, sondern auch die Warenhäuser des Großkapitals von der Gewerbesteuer befreit. Die Gerechtigkeit muß aber verlangen, daß diese unter der gleichen Voraussetzung ohne gesetzliche und steuerliche Schonung in den Konkurrenzkampf eintreten. Nur auf diese Weise sollen die Konsumvereine zeigen, ob sie leistungsfähiger als der freie Handel sind. Abänderungsanträge werden nach dem Wiederzusammentritt des Landtages in erster Reihe erledigt. Aus diesem Grunde habe ich den Wirtschaftsausschuß des Verbandes kath. kaufmännischer Vereine, dem ich als Mitglied angehöre, zum 22. Januar 1924 nach Berlin gebeten, um das ganze Gesetz durchzusetzen und geeignete Abänderungsanträge der Zentrumsfraktion des Landtages zu unterbreiten. In gleicher Weise haben die Handwerker der Zentrumsfraktion mit ihren Handwerker-Organisationen Fühlung genommen und werden ebenfalls Abänderungsvorschläge unterbreiten.

Es ist also von der Zentrumspartei nichts unterlassen worden, um die Interessen des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes zu wahren.

Bayern und die Revision der Weimarer Verfassung.

Eine Spende des Papstes. — Kammerpräsident Venizelos. — Um die beschlagnahmten deutschen Patente in Amerika.

Die Denkschrift Bayerns.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

München, 6. Januar.

Zur Denkschrift der bayrischen Regierung schreibt die bayrische Staatszeitung u. a.:

Wenn die bayerische Staatsregierung jetzt mit ihren Vorschlägen hervortritt, ist das nicht etwas, was rein zufällig wäre, oder auf einer partikularistischen Neigung beruhe, sondern etwas ganz Natürliches, in der Natur der Dinge selbst Begründetes und etwas, was notwendig ist, mindestens ebensosehr im Interesse des Reiches wie Bayerns selbst. Wenn Bayern diesen Schritt getan hat, so hat sie ihn getan im Interesse des Reiches in allererster Linie. Bayern hat es immer als seine Aufgabe betrachtet, zum Gedeihen und zur Erhaltung des deutschen Nationalstaates nach Kräften beizutragen, und in Erfüllung dieser Aufgabe hat es zugleich stets die sicherste Gewähr für seinen einigen Bestand gesehen.

München, 6. Januar.

Während die bürgerlichen Blätter die Denkschrift der bayrischen Regierung zur Revision der Weimarer Verfassung als begrüßenswerten Schritt bezeichnen, meint die sozialdemokratische Münchener Post, die bayrische Regierung glaube wohl selbst nicht, daß ihre Vorschläge in weitem Umfange etwa Aussicht auf baldige Verwirklichung hätten. Das Blatt befürchtet, daß die Heraufbeschwörung dieses Verfassungsstreites weder den Interessen des Reiches noch denen des Landes förderlich seien.

Eine Spende des Papstes.

Meldung des Wolff'schen Telegraphen-Büros.

Berlin, 6. Jan.

Der Papst hat durch Vermittlung der Gemahlin des deutschen Botschafters beim Vatikan, Frau von Bergen, der mütterlichen Hilfe in Berlin eine Spende von 10 000 Lire zugehen lassen.

Venizelos — Kammerpräsident.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Athen, 6. Januar.

Venizelos wurde heute nachmittag, als er sich zur Kammer begab, begeistert begrüßt. Als er den Abgeordnetene id leistete, wurden ihm stürmische Huldigungen zuteil. Im Anschluß daran schritt die Kammer zur Wahl des Präsidenten. Der Republikaner Atanasiasin erklärte, seine Partei sei der Ansicht, daß kein anderer mehr geeignet sei, die Geschicke der Kammer zu leiten, als Venizelos. Nach weiteren Ansprache wurde Venizelos einstimmig zum Präsidenten gewählt.

Die deutschen Patente in Amerika.

Meldung des Wolff'schen Telegraphen büros.

Berlin, 6. Jan.

Dem Bund der Auslandsdeutschen wird zu dem Verlaufen des Prozesses, den die amerikanische Regierung gegen die Chemical fundation angestrengt hatte, von seiner Vertrauensperson in Amerika gefakelt:

Bekanntlich wurde während des Krieges eine große Zahl wertvoller deutscher Patente, die der Beschlagnahme anheimgefallen waren, zu recht ungünstigen Bedingungen an die Chemical fundation, einer eigens zu diesem Zweck gegründeten Gesellschaft, veräußert. Die jetzige Regierung verlangte die Rückgängigmachung des Verkaufes und strengte infolge der Weigerung der Käufer der deutschen Interessenten lebhaftes Bedauern hervorrufen wird. Wie der Bund der Auslandsdeutschen erfährt, soll allerdings gegen das Urteil Einspruch erhoben werden, und es steht zu hoffen, daß immer noch nicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit gesprochen ist.

Verteilungs- und Verkaufsvereinigung für Ruhrkohle.

Meldung des Wolff'schen Telegraphen-Büros.

Berlin, 6. Januar.

Nach der deutschen Allg. Ztg. hat der auf gestern nach Essen einberufene Zechenbesitzerverband die Gründung der Verteilungs- und Verkaufsvereinigung für Ruhrkohle, der Nachfolgerin des Rheinisch-westf. Kohlensyndikats, beschlossen, die für die Zeit vom 16. Januar bis 31. Dezember 1924 Geltung haben soll.

Kommunistische Abgeordnete als Zechpreller.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 6. Januar.

In der vergangenen Nacht wurden zwei Personen festgenommen, die in einer Konditorei die Zeche zu zahlen verweigerten. Sie wurden zur Polizeiwache gebracht, wo sie heftig Widerstand leisteten und die Polizeibeamten beschimpften. Sie wurden festgestellt als der kommunistische Landtagsabg. Paul **Neumann** und der kommunistische Reichstagsabg. Heinr. **Malzahn.**

Ein deutscher Dampfer gestrandet.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Reval, 6. Januar.

Der deutsche Dampfer „Kurt" ist in der Nähe von Rimöl gestrandet. Der deutsche Dampfer „Cressin" ist bei Hochland auf ein Riff aufgelaufen.

Keine Verlängerung der Weihnachtsferien.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 6. Januar.

Von einigen Stadtverwaltungen wurde im Interesse einer Streckung der Kohlenvorräte und der Ersparung kommunaler Ausgaben die Verlängerung der Weihnachtsferien dringend gefordert. Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat diese Anträge ablehnen müssen. Ohne weiteres ist anzuerkennen, daß die gefährliche Lage der Gemeinden zu äußerster Sparsamkeit zwingt. Auf der anderen Seite aber stehen gewichtige pädagogische Erwägungen und die Rücksicht auf die soziale Notlage der Bevölkerung. Die Ferien jetzt zu verlängern würde für den großen Teil der Kinder bedeuten, daß sie den Vormittag statt in geheizten Schulräumen in schlecht oder garnicht geheizten Zimmern oder auf der Straße verbringen müßten, ganz abgesehen von den sonstigen Schäden, die die Ferienverlängerung mit sich bringen würde. Die Verantwortung kann von dem Ministerium nicht getragen werden.

Der Kampf um Schleswig.

Der Nationalitätenkampf in der Nordmark hat durch zwei wichtige Ereignisse der letzten Zeit eine beträchtliche Belebung erfahren, eine Belebung, die in der gesamten deutschen Presse Schleswig-Holsteins zu deutlichem Ausdruck kommt. Es handelt sich einmal um ein **Verbot** dreier in deutscher Sprache geschriebener **dänischer Blätter** in Mittel- und Südschleswig, das von dem Wehrkreiskommando auf Grund des Ausnahmezustandes am 21. November d. J. ausgesprochen wurde, und das dazu bestimmt ist, die Wühlarbeit dieser undeutschen Blätter in Schranken zu halten und für eine Zeit zu unterbinden. Ob die deutsche Maßnahme zweckmäßig war, kann hier unerörtert bleiben. Jedenfalls wird die Auseinandersetzung über die Verbote sich noch einige Zeit hinziehen. Ein anderes Moment der Erregung ist das am 25. November in Flensburg zwischen der deutschen und dänischen Sozialdemokratie abgeschlossene **Grenzabkommen**, in welchem die nationalistische Agitation auf beiden Seiten verurteilt und die Gewaltgrenze von 1920 auch von der deutschen Sozialdemokratie anerkannt wird als gesetzlich geltende Grenze. Dieses Abkommen ist stark umstritten. Soweit die deutsche Sozialdemokratie die Rechte der nationalen Minderheiten damit hat schützen wollen, wird man ihr Recht geben müssen. Die grundsätzliche Stellungnahme dagegen wird leicht verschiedener Auffassung begegnen. Aber erst die praktischen Auswirkungen des Abkommens werden ein abschließendes Urteil gestatten. Von diesen beiden Gesichtspunkten aus müssen die folgenden aktuellen Darlegungen zum gegenwärtigen Stand des Nationalitätenkampfes im Herzogtum Schleswig betrachtet werden.

Der Kampf der Nationalitäten in Schleswig, der durch die Grenzziehung im Jahre 1920 auf der Grundlage des Versailler Friedens nach dem Wunsche der Mächte, die das europäische Gleichgewicht herstellen und garantieren wollten, beendet sein sollte, hat eher an Schärfe zugenommen. Während früher Nordschleswig allein Zankapfel und Kampffeld war, sind durch die Teilung Schleswigs zwei Fronten entstanden; eine nördlich der Grenze, wo die deutsche Minderheit um die Erhaltung nationaler und kultureller Lebensnotwendigkeiten ringt gegen einen Gegner, der mit einer dem Nordschleswiger fremden Auffassung von Recht und Verwaltungspraxis die deutsche Minderheit verschwinden lassen möchte; eine südlich der Grenze, die auf dänische Initiative hin neu entstanden ist und das jetzt einverleibte nordschleswigsche Gebiet als Sprungbrett für einen **Vorstoß nach Süden** mit dem Ziel der Grenze bis zum Danewirke benutzen möchte. Wie man sieht, ist die Grenzfrage nicht nur **nicht gelöst**, sondern komplizierter geworden.

Bedauerlicherweise ist **der Schwerpunkt des Kampfes von der dänischen Agitation in das Gebiet** südlich der Grenze verlegt. Als die Grenze nämlich 1920 gezogen war, und Dänemark, dessen Bevölkerung nur zum Teil mit dem erreichten politischen Ziel zufrieden war, in eine politische Krise gestürzt wurde, sammelte sich der Teil des dänischen Volkes, der sich die Wiedergewinnung des ganzen ehemaligen Herzogtums Schleswig als Aufgabe gesetzt hatte, zu einem entschlossenen Offensiv-Vorstoß nach Süden, um mit reichlich zur Verfügung stehenden Mitteln materieller und kultureller Art die Bevölkerung des deutsch gebliebenen Teiles in Schleswig „zurückzugewinnen". In diesem Stadium befinden wir uns noch heute. Die dänische Regierung gibt von Zeit zu Zeit Erklärungen ab, daß die jetzige Grenze feststehe, und es ihr nur darauf ankomme, das nationale Dänentum südlich der Grenze zu erhalten und zu stützen. Der nationalistisch gerichtete Teil des dänischen Volkes dagegen erklärt in Wort und Schrift, daß das Ziel der Wünsche die Danewirke oder Eidergrenze sei. Dieses Ziel wird mit reicher Unterstützung aus Dänemark südlich der Grenze betrieben. Vier dänische Zeitungen, davon drei deutschgeschriebene, dänische Schulen und Lehrkurse, Kirche, Bibliotheks-, Vortrags- und Vereinstätigkeit sorgen neben einer reichen Wohltätigkeitsarbeit für die Propagierung des Zieles. In Literatur und Presse bedient die dänische Bewegung sich der deutschen Sprache; auf deutscher Seite wird es als Unehrlichkeit empfunden, daß diese Propaganda die dänische Tendenz verleugnet und anstelle des Wortes „dänisch" das Wort „Schleswig" setzt. So wird von dänischer Seite aus dem geistig nationalen Wettstreit ein Seelenfang unter Ausnutzung der traurigen Lage des deutschen Volkes gemacht.

Das Deutschtum nördlich und südlich der Grenze **befindet sich daher in einem Abwehrkampf**, dessen Ziel darin besteht, die Stellung zu halten. Erst in neuerer Zeit beginnt sich der während des Abstimmungskampfes klar erkannte Grundsatz, daß dem dänischen Gegner im schleswig-holsteinischen Gedanken die stärkste Gegenwaffe erstanden ist, durchzusetzen. Von hier aus muß man den Zusammenschluß der wirtschaftlichen Verbände im Schleswig-Holsteiner-Bunde, der Träger des Kampfes war, verstehen. Stadt und Land stellen sich hinter die Fassade, die der Schleswig-Holsteiner-Bund dem Norden gegenüber bildet. Erst langsam konnte die Bevölkerung Schleswig-Holsteins, die bisher Selbsthilfe weder nötig hatte noch gewohnt war, zum Kampf aufgerufen und aufgerüttelt werden. Der immer stärker vom Norden ausgeübte Druck beschleunigt das Wachwerden Schleswig-Holsteins, in den neues nationales Leben zu pulsieren beginnt. Es zeigt sich neuerdings eine nationale Willensbildung, die vom Staat und Reich klug ausgenutzt werden kann. Ganz besonders handelt es sich hierbei um das Wachrütteln des südlichen Teiles der Provinz Hofstein. Es darf begrüßt werden, daß die Landesabteilung der Reichszentrale für Heimatdienst ihrem Winterprogramm die Aufklärung über die Grenzaufgaben angegliedert hat.

Die Aufgabe, die Schleswig-Holstein in dieser Auseinandersetzung zwischen zwei Nationalitäten übernommen hat, kennzeichnete Schmidt-Wodder,

der Führer der deutschen Minderheit im abgetretenen Gebiet, einst folgendermaßen: „Die Geschichte wird es immer klarer zeigen: von Kopenhagen stammt der Wille, Schleswig-Holstein an sich zu reißen, von Schleswig-Holstein, seine Eigenart zu behaupten und sich zusammenzuschließen. Noch sind die Dinge im Fluß. Man will es von Kopenhagen aus, daß die Dinge im Fluß bleiben. Wir wollen es auch." Damit ist die Verantwortung, die Schleswig-Holstein auferlegt ist, umrissen.

Die Tragödie der Rhein- und Ruhrgefangenen

Die letzten Tage des vergangenen Jahres, das uns soviel des furchtbaren Leides und härtester Entbehrung gebracht hat, sahen in Düsseldorf die Beendigung einer französischen Justizkomödie, wie wir sie trotz aller unserer reichen traurigen Erfahrungen bisher doch noch kaum erlebt hatten. 81 Jahre Kerkerhaft wurden von dem französischen Kriegsgericht über brave deutsche Männer verhängt, die in Abwehr schändlichen Landesverrates und fremdstämmiger Vergewaltigung nur ihre Pflicht getan hatten. — Und etwa um dieselbe Zeit wurden wir, deren Augen soviel Schreckliches tagtäglich in den Zeitungen zu lesen sich fast schon gewöhnt hatten, besonders eindringlich an das grenzenlose Leid und Elend erinnert, in dem noch immer jene deutschen Reichs- und Staatsangehörigen zu leben, verdammt sind, die französischer Haß und Tyrannei um ihrer unentwegten Vaterlandsliebe eingekerkert oder verbannt hatten. Ihnen galt eine Reihe erfreulich herzlicher Worte, die am Fest der christlichen Liebe Reichskanzler Marx auf dem wohl neuzeitlichsten aller Wege durch Radio-Rundfunk, in seinem politischen Weihnachtsgruß unserem Volke übermittelte. Mehr denn je, — so führte der Kanzler aus, — ist es unsere Pflicht, derer zu gedenken, die ihr Deutschsein, ihre Treue als deutsche Beamte und Bürger vertrieben hat von Haus und Hof. Zehntausende sind es, die innerhalb weniger Stunden, oft sogar innerhalb weniger Minuten ihre Häuslichkeit räumen mußten, räumen mußten unter dem Zwange von Bajonetten und Maschinengewehren; die alles zurücklassen mußten, was sie in langen Jahren mühevoller Arbeit und Pflichterfüllung sich erspart und angeschafft hatten. Aber auch derjenigen erinnert sich der berufene Leiter unserer Staatspolitik, die heute in Gefängnissen und Kerkern schmachten müssen und die getrennt sind von ihren Familienmitgliedern durch feindliche Willkür und Gehässigkeit.

Nach zuverlässigen Mitteilungen sind noch wenigstens 100 Beamte der verschiedensten deutschen Verwaltungen in französischen Gefängnissen in Haft. 65 000 Eisenbahnbeamte sind seinerzeit ausgewiesen worden, denen die Rückkehr noch nicht gestattet ist. Auch sie sind von ihrer engeren Heimat getrennt und müssen sich vielleicht kümmerlich bei Verwandten oder in Baracken und Notbehausungen herumschlagen. Unermeßliches Elend ist heute in diesem Kreise zu Hause. Die schlechte Finanzlage des Reiches gestattet es leider nicht mehr, die großen Kredite und Mittel für ihre Unterhaltung auszuwerfen, die zur Zeit des Ruhrkampfes noch zur Verfügung standen. Wir wissen jetzt, daß die französischen Behörden über die Rückkehr der Ausgewiesenen nur von Fall zu Fall entscheiden. Aber diese aufrechten deutschen Staatsbürger haben wenigstens den Vorzug, in der deutschen Heimat in voller Freiheit zu weilen. Wieviel schlimmer steht es dagegen mit den Rhein- und Ruhrgefangenen; gibt es sogar doch einige ganz schlimme Fälle, in denen die betreffenden Gefangenen in französische Gefängnisse in das Innere Frankreichs verschleppt, ja selbst in unwürdige Kerker am Mittelmeer verbannt wurden. Es ist trotz aller französischen Dementis längst auch kein Geheimnis mehr, daß einige dieser Unglücklichen nach der französischen Deportations- und Fieberinsel Cayenne gebracht werden sollen. Tief erschüttern muß uns ein Bericht des Mitgliedes der holländischen Roten-Kreuz-Kommission an der Ruhr, Ghel von Gildemeester, der mit Erlaubnis der französischen Regierung in den Weihnachtstagen die Insel St. Martin de Ray bereist hat, um den dort gefangenen, zu schwerer Zwangsarbeit verurteilten Opfern des Ruhrkampfes Weihnachtspakete ihrer Angehörigen und sonstige Geschenke zu überbringen. Erst letztihin sind auf diese Insel, die im allgemeinen die Uebergangsstation nach Cayenne ist, weitere zu Zwangsarbeit verurteilte Deutsche transportiert worden.

Längst ist der Ruhrkampf beendet, der passive Widerstand bis auf den letzten Rest eingestellt. Und doch schmachten diese armen Gefangenen noch immer in ihren Kerkern. Nach allen Kriegen ist es Brauch gewesen, daß die Gefangenen sofort freigelassen wurden. Nur die französische Regierung scheint sich dieser Verpflichtung in hinterhältigster Weise zu entziehen. Sie empfindet nicht die Gebote der Gerechtigkeit und Billigkeit und erweckt dadurch immer noch den Anschein, daß sie die Gewalt gegen das Recht setzen will. Fühlt oder merkt sie nicht, daß aus solchem Verhalten eine furchtbare Saat des Hasses emporsprießt? Sie will nur von Fall zu Fall das Recht der „Gnade" ausüben und hat es bisher nur in ganz wenigen Fällen bewiesen. Nachdem der plötzliche Abbruch des Ruhrkampfes es uns nicht ermöglicht hat, diesen unglücklichen Gefangenen ihre Freiheit zurückzugeben und eine allgemeine Amnestie für sie durchzusetzen, sehen wir heute als deutsche Staatsbürger und darüber hinaus als ehrlich den Frieden liebende Menschenfreunde es als eine Selbstverständlichkeit und als eine Pflicht der Menschlichkeit an, die französischen Staatslenker davon zu überzeugen, daß nur eine allgemeine Amnestie dieser Opfer den von ihnen so oft im Munde geführten wahren Weltfriedenszustand erreichen kann. Nicht ist es damit getan, daß den Gefangenen ausnahmsweise zum Feste die Zusendung von Liebespaketen und der Besuch neutraler Wohltäter gestattet wurde. Das ist keine Gnade, das ist etwas durchaus Selbstverständliches. Wir aber müssen die sofortige Befreiung aller dieser Gefangenen unablässig fordern, und man sollte annehmen, daß sie gewährt werden wird, sofern die Menschlichkeit im französischen Volke noch nicht gänzlich erstorben ist. Sollte aber auch dieser Appell vergeblich sein, dann muß das Menschlichkeitsgefühl der ganzen Welt aufgerufen werden. Alle diese Treuen, die Haft und Körperleid haben auf sich nehmen müssen, haben nur ihre Pflicht getan. Sie haben sich als Helden nicht auf dem Schlachtfelde, aber in Erfüllung ihrer Staatsbürgerpflicht gezeigt. Sie haben genug gelitten. Es wird Zeit, daß ihnen endlich ihr Lohn zuteil werde und das Morgenrot der Freiheit endlich in diesem neu begonnenen Jahre auch in ihre Zellen leuchte!

Separatistenherrschaft in der Pfalz.

WTB **Speyer**, 5. Jan. Ein neuer Beweis für den separatistischen Terror in der Pfalz ist folgende Verordnung:

Die Bürgermeister haben sofort eine Sitzung des Gemeinderats einzuberufen und folgendes bekannt zu geben:

1. Die Regierungsgewalt in der Pfalz geht einzig und allein in die Hände der Regierung der autonomen Pfalz über. Wer in Wort und Tat und Schrift die Sache der Regierung bekämpft, hat Strafverfolgung mit aller Schärfe zu erwarten.

2. Für Ruhe und Ordnung sind die Gemeinden verantwortlich und sie haften mit ihrem gesamten Vermögen für alle Fälle, die als Widersetzlichkeit gegenüber der Regierung zu betrachten sind. Ebenso wird in Erinnerung gebracht, daß das Standrecht verhängt ist.

3. Plakate usw. die auf Anordnung der Regierung oder deren Unterorgane zugestellt werden, sind sofort an den Gemeindetafeln und sonstigen sichtbaren verkehrsreichen Stellen innerhalb der Gemeinden anzubringen.

4. Versammlungen, Umzüge und sonstige Veranstaltungen gleich welcher Art müssen drei Tage zuvor auf dem Bezirksamt (Kommissariat) angemeldet werden und bedürfen der Genehmigung.

Roßbach und Fahrenhorst.

Blättermeldungen zufolge ist gegen die Gründer der vom Minister des Innern Severing verbotenen **großdeutschen Arbeiterpartei**, dem gegenwärtig in München wohnenden Oberleutnant a. D. Roßbach und den **deutschvölkischen** Führer Fahrenhorst das **Hauptverfahren** eröffnet worden.

Das Reichskabinett.

Wie der Lokalanzeiger hört, werden die Beratungen des Reichskabinetts heute wieder aufgenommen werden.

Im Kampf um den 10-Stundentag.

Nach einer Meldung der Deutschen Allgemeinen Zeitung aus Koblenz kam es im benachbarten Sayn bei einer Besprechung über die Einführung des Zehnstundentages zu **schweren Ausschreitungen der Erwerbslosen**. Mehrere Hüttendirektoren und ein Syndikus wurden erheblich verletzt. Der französische Oberbefehlshaber in der Rheinlandkommission verhängte über Sayn und zwei Nachbargemeinden den Belagerungszustand.

Gerüchte.

Zu den in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchten, die **Reichsbank** habe in den letzten Tagen **Gold nach Amerika exportiert**, glaubt die Vossische Zeitung mitteilen zu können, daß die Reichsbank **überhaupt kein Gold nach Amerika** geschafft habe. Zutreffend sei nur, daß Anfang Dezember 2 Millionen Goldmark aus Deutschland nach Amerika gegangen seien, aber nicht aus dem Bestande der Reichsbank.

Deutschlands Not im Urteil der amerikanischen Sachverständigen

WTB **Washington**, 5. Jan. Professor **Emerson** von der Universität Columbia, der zusammen mit Professor **Patterson** von der Universität Pennsylvania von General Allen nach Deutschland entsandt wurde, um festzustellen, in welchem Maße tatsächlich Not herrscht, drahtet folgende Meldung nach Amerika: Nach einem viertägigen Studium der Berliner Krankenhäuser, Säuglingsheime, Kinderhorte, Waisenhäuser und Obdachlosenasyle finde ich die Berichte über Ausdehnung und Zunnahme der Unterernährung **durchaus bestätigt**. Die Milchversorgung Berlins beträgt nur noch ein Zehntel der Vorkriegsmenge. Ein Viertel der Bevölkerung Berlins ist auf private und staatliche Unterstützung angewiesen. Der Mangel an Nahrungsmitteln, Kohlen und Licht, die Wohnungsnot im Verein mit der Schließung der Krankenhäuser und geringen Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe hat eine starke **Zunahme von Krankheiten** zur Folge. Viele Kinder leiden den größten Mangel an Schuhen und Unterkleidung. Die deutsche Selbsthilfe sowohl wie Einzelunterstützung bilden wichtige Faktoren in dem Hilfswerk. Für die **Kinderernährung** fehlt es hauptsächlich an Milch, Butter, Fett und Lebertran.

Deutsche Caritas für Akademiker.

Zum ersten Vorsitzenden der deutschen Caritas für Akademiker wurde der Reichstagsabgeordnete Universitätsprofessor Dr. Georg **Schreiber** (Münster) gewählt. Zweiter Vorsitzender ist Ministerialdirektor **Heukamp** vom Reichsernährungsministerium. Als Geschäftsführer wirkt Dr. Franz **Kloidt**, Berlin, Große Hamburgerstraße, an den alle Zuschriften ergehen. Dieser Verband, der sich segensreich der hilfsbedürftigen Jungakademiker annimmt, verdient die weiteste Unterstützung.

Die bayerische Denkschrift zur Revision der Weimarer Verfassung.

WTB Die Denkschrift der bayrischen Regierung zur Revision der Weimarer Verfassung wurde am Freitag in Berlin dem Reichskanzler durch den Gesandten von Preger überreicht. In einer Pressekonferenz im Staatsministerium des Aeußeren in München wurden die Pressevertreter abends über die leitenden Gedanken der Denkschrift informiert. Die nach Ansicht der bayrischen Regierung notwendigen Aenderungen an der Reichsverfassung gehen nach zwei Richtungen:

1. Neubegrenzung der Zuständigkeiten des Reiches und der Einzelstaaten mit dem Ziele, die staatliche Selbstständigkeit der Einzelstaaten in ihrem früheren Umfange wiederherzustellen.

2. Eine Einräumung des Rechtes verschärfter Anteilnahme an der Willensbildung des Reiches den Einzelstaaten gegenüber.

Den Kernpunkt steht die Denkschrift in der Hebung der verfassungsrechtlichen Stellung des Reichsrates zur Stellung des früheren Bundesrates. Die Denkschrift stellt die einzelnen wichtigen Punkte zusammen, die auf dem Gebiete der Gesetzgebung, der Justiz, der inneren Verwaltung, des Verfassungswesens, des Finanzwesens, der Kulturpolitik, der Kulturpflege, des Militär- und Verkehrswesens, der auswärtigen Beziehungen und der Wirtschaft der Abänderung bedürfen. Zum Schluß wird in der Denkschrift verlangt, daß Bayern auf die der Bezeichnung Länder zugrundeliegende Absicht, Deklassierung bis zur Reichsprovinz weiter zu treiben, verzichtet und wieder zum vollgültigen Bundesstaat und der früheren Reichsverfassung zurückgekehrt wird.

Die katholischen Lehrer zu den wichtigsten Schul- und Standesfragen.

Unter dem Vorsitz des Abg. **Gottwald** hielt die in der preußischen Abteilung des Kath. Lehrerverbandes vereinte katholische Lehrerschaft in **Berlin** eine 12 Stunden währende ernste Verhandlung ab, in der alle angeschlossenen Provinzialvereine vertreten waren. Und was aus allen Darlegungen herauslang, das war die einmütige Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Zusammengehens mit dem katholischen Volke zur Erhaltung der konfessionellen Volksschule, und das war die frohe Hoffnung auf eine doch endlich mal kommende bessere Zeit.

Statt eines langen Versammlungsberichtes seien hier nur die zur Frage des Schulabbaues, der Aufbauschule, der Lehrerbildung und der Besoldung angenommenen **Entschließungen** wiedergegeben:

Zum Schulabbau.

Der Kath. Lehrerverband, Abteilung Preußen, fordert seine Mitglieder, die Eltern der Volksschüler und alle Freunde der Jugend und der Schule auf, mit dem größten Nachdruck dahin zu wirken, daß der geplante Beamtenabbau nicht zu einer Verwüstung der Schule führt und die durch Krieg und Nachkriegszeit stark beeinträchtigte Jugenderziehung zu einer unlösbaren Aufgabe macht.

Die Lehrerschaft ist bereit, die durch die Not des Staates auch von ihr geforderten Lasten und Opfer auf sich zu nehmen. Aber sie verlangt Schutz für Jugend und Schule. Ein nach Prozentzahlen durchgeführter Abbau kann nun und nimmer den Erziehungsaufgaben gerecht werden; er muß diese vielmehr aufs schwerste gefährden.

In den kath. Volksschulen Preußens sitzen im Durchschnitt um etwa ein Fünftel Schüler mehr als in den nichtkatholischen Schulen, sodaß in Preußen über 6000 katholische Lehrer weniger wirken, als nach der Schülerzahl erforderlich wären. Ein schematischer Schülerabbau würde also die katholischen Schulen besonders hart treffen; er müßte den für sie sehr fühlbaren Abstand noch wesentlich vergrößern. Unbedingt muß in der Abbauverordnung auch die Unterbringung der 3000 Flüchtlingslehrer geregelt werden, die ausnahmslos katholisch sind, und die durch eine Verminderung der sowieso schon niedrigen Stellenzahl an den katholischen Schulen außerordentlich schwer betroffen werden.

Zur Aufbauschule.

Bei dem geplanten Abbau im Schulwesen ist die eben erst gegründete Aufbauschule zu schützen. Da sie auf der Volksschule aufbaut, ist sie für die Jugend der kleinen Orte und für Orte, die keine höhere Schule besitzen, eine unbedingte Notwendigkeit und für die katholische Bevölkerung, die auf dem Lande stärker als in der Stadt vertreten ist, von ganz besonderer Bedeutung.

Zur Lehrerbildungsfrage.

Der Kath. Lehrerverband, Abteilung Preußen, hält in der Zeit des Abbaus eine Neuregelung der Lehrerbildung für doppelt notwendig, damit unsere Volksbildung an Tiefe gewinnen kann, was ihrunter dem Druck der Verhältnisse vielleicht an Umfang verloren geht. Die Fachbildung der Lehrer muß die Reifeprüfung einer höheren Lehranstalt zur Grundlage haben und hochschulmäßig zu einer

---

Bergkristall.

Eine Erzählung von **Adalbert Stifter.**

14) (Schluß)

Die, welche noch auf dem Berge gewesen waren und erst durch den Rauch das Rückzugszeichen erfahren hatten, fanden sich auch nach und nach ein. Der letzte, welcher erst am Abend kam, war der Sohn des Hirten Philipp, der die rote Fahne auf den Krebsstein getragen und sie dort aufgepflanzt hatte.

In Gschaid wartete die Großmutter, welche herübergefahren war.

„Nie, nie," rief sie aus, „dürfen die Kinder in ihrem ganzen Leben mehr im Winter über den Hals gehen."

Die Kinder waren von dem Getriebe betäubt. Sie hatten noch etwas zu essen bekommen, und man hatte sie in das Bett gebracht. Spät gegen Abend, da sie sich ein wenig erholt hatten, da einige Nachbarn und Freunde sich in der Stube eingefunden hatten und dort von dem Ereignisse redeten, die Mutter aber in der Kammer an dem Bettchen Sannas saß und sie streichelte, sagte das Mädchen: „Mutter, ich habe heute nacht, als wir auf dem Berge saßen, den heiligen Christ gesehen."

„O du mein geduldiges, du mein liebes, du mein herziges Kind," antwortete die Mutter, „er hat dir auch Gaben gesendet, die du bald bekommen wirst."

Die Schachteln waren ausgepackt worden, die Lichter waren angezündet, die Tür in die Stube wurde geöffnet, und die Kinder sahen von dem Bette auf den verspäteten, hellleuchtenden, freundlichen Christbaum hinaus. Trotz der Erschöpfung mußte man sie noch ein wenig ankleiden, daß sie hinausgingen, die Gaben empfingen, bewunderten und endlich mit ihnen entschliefen.

In dem Wirtshause in Gschaid war es an diesem Abende lebhafter als je. Alle, die nicht in der Kirche gewesen waren, waren jetzt dort und die anderen auch. Jeder erzählte, was er gesehen und gehört, was er getan und was er geraten und was für Begegnisse und Gefahren er erlebt hatte. Besonders aber wurde hervorgehoben, wie man alles hätte anders und besser machen können. Das Ereignis hatte einen Abschnitt in die Geschichte von Gschaid gebracht, es hat auf lange den Stoff zu Gesprächen gegeben, und man wird noch nach Jahren davon reden, wenn man den Berg an heiteren Tagen besonders deutlich sieht, oder wenn man den Fremden von seinen Merkwürdigkeiten erzählt.

Die Kinder waren von dem Tage an erst recht das Eigentum des Dorfes geworden, sie wurden von nun an nicht mehr als Auswärtige, sondern als Eingeborene betrachtet, die man sich von dem Berge herabgeholt hatte.

Auch ihre Mutter Sanna war nun eine Eingeborene von Gschaid.

Die Kinder werden aber den Berg nicht vergessen und werden ihn jetzt noch ernster betrachten, wenn sie in dem Garten sind, wenn, wie in der Vergangenheit, die Sonne sehr schön scheint, der Lindenbaum duftet, die Bienen summen, und er so schön und so blau wie das sanfte Firmament auf sie herniederschaut.

Nur ein Mädchen

Eine einfache Erzählung aus dem Leben.
Von **B. v. Winterfeld.**

1) (Nachdruck verboten.)

„Nur ein Mädchen!" — klang es durch die weiten Gänge, durch die hohen Zimmer, durch das Erdgeschoß des Schlosses und bald auch durch den Hof, die Ställe, durch die Häuser des Dorfes.

„Nur ein Mädchen!" flüsterten die Dienstboten. — „Nur ein Mädchen!" rief fast zornig die alte Gräfin. „Nur ein Mädchen!" seufzte bitter enttäuscht der gräfliche Vater, stützte das Haupt in die Hand und dachte, was nun werden würde. Er war fast sechzig Jahre alt. In erster Ehe kinderlos geblieben, heiratete er in vorgerückten Jahren noch einmal, um den Namen seiner Väter fortzupflanzen, um den alten Besitz der Familie zu erhalten. Mit Spannung und Freude hatte er dem Tage entgegengesehen, der ihm den Stammhalter in die Arme legen sollte. Er hatte seltsamerweise nie gezweifelt, daß es ein Junge sein würde.

Und nun war es doch nur ein Mädchen! — Der Besitz würde an den einzigen Sohn eines entfernten Vetters fallen, und mit dem würde der Name erlöschen; denn er hatte gehört, daß der Knabe körperlich gebrechlich und geistig schwach und unnormal sei. — Da gab es also keine Aussicht, den uralten Namen der Nachwelt zu erhalten, und der große, schöne Besitz würde in kurzer Zeit an die Krone zurückfallen. — Bleich und abgespannt saß der Graf an seinem Schreibtisch. Vor ihm stand ein Lederetui, das er mechanisch öffnete. Ein prachtvoller Diamantstern funkelte ihm daraus entgegen. Er hatte den Schmuck für seine junge Frau gekauft, um ihn ihr in die Wiege des Sohnes zu legen; und nun? — Er schloß das Etui und barg es in einem Schubfach seines Schreibtisches.

* * *

Bleich und still lag die junge Mutter. Sie hatte sich ihr Töchterchen reichen lassen und drückte das kleine, schwächliche Wesen zärtlich an ihre Brust.

„Du bist nur ein Mädchen," flüsterte sie innig, aber deine Mutter hat dich ebenso lieb, als wenn du ein Junge wärest" — und ihre blassen Lippen küßten leise das schlafende Kind.

Die tiefe Enttäuschung ihres Gatten, ihrer Schwiegermutter, die Bestürzung der um sie beschäftigten Frauen war ihr nicht entgangen, als es hieß: „Ein Mädchen!" Ja, sie selber war beinahe erschrocken, da sie wußte, wieviel davon abhing, welchen Geschlechts ihr Kind war. — Aber nun war es doch einmal da, das kleine, liebe Mädchen, dem ihr ganzes Mutterherz in Zärtlichkeit und Liebe entgegenschlug.

* * *

An des Grafen Tür wurde gepocht.

„Die junge Frau Gräfin lassen den Herrn Grafen für einen Augenblick bitten," sagte die Pflegerin und fügte nach einer Pause leise hinzu: „Frau Gräfin scheinen sehr schwach zu sein." — Der Angeredete fuhr aus seinen unfrohen Gedanken auf — wie hatte er über seiner Enttäuschung nur so ganz die Sorge um sein junges Weib, die Mutter seines Kindes, vergessen können! Er empfand Gewissensbisse. — Als er an ihr Bett trat und ihre schmale Hand ergriff, die sie ihm mit mattem Lächeln entgegenstreckte, fühlte er, daß sie eiskalt war, und die großen, dunklen Augen, blickten so glänzend aus dem schmalen, weißen Gesicht.

Er beugte sich zu ihr und küßte ihre Stirn. Sie hielt seine Hand noch fest: „Eberhard, Lieber, ich bin so betrübt um deinetwillen, daß es kein Junge ist, aber es kann doch nichts dafür; — ich bitte dich, habe es trotzdem lieb, daß es nur ein kleines Mädchen ist — habe es lieb, wenn ich vielleicht nicht mehr da bin."

„Aber Lina, Kind, sprich doch nicht so, du wirst ja bald wieder frisch und gesund sein" — wehrte er — doch mit lähmender Gewißheit sah er, daß sein junges, schönes, noch fast kindliches Weib sich bereits anschickte, die große ernste Reise anzutreten, von der niemand zurückkehrt.

* * *

Nach wenigen Tagen wurde unter den uralten Linden, die das Erbbegräbnis der gräflichen Familie beschatteten, die junge Schloßfrau mit großem Gepränge beigesetzt.

Als der Graf vor Jahresfrist die zweite Ehe schloß, hatten die Leute kopfschüttelnd gemeint, die wird ihn ja ein halbes Menschenalter überleben bei dem Unterschied an Jahren" — aber in diesen Ausgang hatte damals niemand gedacht.

Als alles vorüber und man in das Schloß zurückgekehrt war, trat der Graf in das Zimmer seines Kindes. Er beugte sich über die schlummernde Kleine und hob behutsam das weiße Bündelchen aus der Wiege. Er drückte es an sich, und ein klarer Tropfen fiel aus den alternden Augen auf das winzige Gesicht.

(Fortsetzung folgt!)

wissenschaftlich begründeten Erfassung der Jugenderziehung führen.

Nach unserer bestimmten Ueberzeugung ist eine solche Ausbildung weder für den Staat, noch für den angehenden Lehrer teurer als die bisherige Lehrerbildung. Sie ist in einer Form möglich, und muß in der Form durchgeführt werden, daß die Bodenständigkeit der Lehrerschaft erhöht, der enge Zusammenhang zwischen Lehrer und Kind, Lehrer und Volk noch inniger gestaltet wird und durch die Volksschule als Stätte der Erziehung besondere Bedeutung erhält.

Die wissenschaftliche Höhe der Lehrerbildung ist mit ihrer konfessionellen Gestaltung durchaus vereinbar. Die konfessionelle Schule, die nach unserer Ansicht die leistungsfähigste Schulform ist, hat eine solche konfessionelle Lehrerbildung zur unbedingten Voraussetzung.

Zur Besoldung.

Der Kath. Lehrerverband, Abteilung Preußen, betrachtet die neuerdings festgesetzten Gehälter als eine Notmaßnahme, die nur unter dem härtesten Druck der Verhältnisse herbeigeführt wurden und unmöglich lange Dauer besitzen kann. Er verlangt aufs entschiedenste, daß der Staat alle seine Hilfsquellen entwickelt, die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft mit allen Mitteln steigert und allen Bevölkerungsschichten die gleichen Opfer auferlegt, die er jetzt von den Beamten fordert, damit die Entlohnung der Beamten und Lehrer bald wieder eine Höhe erreicht, die bei sparsamster Wirtschaft ein Auskommen gestattet. Fr. Sch.

✕ Was soll mit den überzähligen Beamten geschehen?

Durch den Beamtenabbau sollen 300 000 bis 400 000 Beamte aus ihren bisherigen Stellen entfernt werden. Abgesehen von den 60jährigen und mehr als 60jährigen Beamten, die an ihrem Ruhegehalt eine notdürftige Stütze haben, handelt es sich um eine große Zahl von Beamten, die im besten und leistungsfähigsten Alter stehen. Es ist bisher nichts geschehen, um diese stellenlos werdenden Kräfte in das Wirtschaftsleben überzuführen. In Deutschösterreich hat man besser vorgesorgt. Dort ist „in Erkenntnis dessen, daß das ganze Personalabbauproblem auch ein Problem der Ueberführung entbehrlicher Staatsangestellter in andere Berufe ist, ... von Staats wegen eine umfassende Aktion zur Förderung dieser Ueberführung eingeleitet. Es wird zu diesem Zwecke einerseits angestrebt werden, daß bei sich neu ergebendem Personalbedarf in der Privatwirtschaft den zum Abbau gelangenden Staatsangestellten in gewissem Umfang ein Vorzugsrecht eingeräumt wird. Anderseits soll aber auch Vorsorge getroffen werden, den ausscheidenden Angestellten die Ergreifung selbständiger Berufe zu erleichtern.

Auch in Deutschland darf die Regierung nicht länger zögern, Maßnahmen zu ergreifen, die es verhindern, daß die vielen und gewiß nicht die schlechtesten Kräfte untätig bleiben oder unter dem Drucke der Not zu unproduktiver Arbeit übergehen oder daß sie, wenn sie nicht dem Vaterlande den Rücken kehren, verkümmern müssen. Das wäre nicht nur eine Versündigung an den eigenen Landeskindern, sondern auch an der deutschen Volkskraft. Selten ist eine staatliche Maßnahme so rücksichtslos und jeder sozialpolitischen Erwägung bar ins Werk gesetzt worden wie der Beamtenabbau. Dabei bieten sich in Deutschland weit mehr als in Deutschösterreich Aufgaben produktiv wirtschaftlicher Art, die längst hätten in Angriff genommen werden können. Auch die Erwerbskreise haben ein großes Interesse an geeigneten sozialen Ausgleichsmaßnahmen. Durch die Verminderung der Beamtenzahl tritt ohnehin eine starke Schmälerung der Kaufkraft der Mittelschichten des Volkes ein.

Inzwischen sucht auch die Beamtenschaft selbst nach Wegen, um den scheidenden Berufsgenossen zu helfen. Das Heimstättenamt der Deutschen Beamtenschaft tritt mit einem Gesetzentwurf an die Oeffentlichkeit, der unter Anlehnung an die Siedlungsgesetzgebung den von der Abbauverordnung betroffenen Beamten den Erwerb eines eigenen Grundstücks durch Kapitalisierung des Ruhegehalts erleichtern will. Der Grundbesitz ist in Gestalt kleinerer, etwa 1000 Quadratmeter großer Parzellen, die als Zugabe zur Ernährung dienen sollen, und größerer, zur vollständigen Ernährung der Beamtenfamilien ausreichender Parzellen gedacht. Der Plan findet in Sachverständigenkreisen viel Beifall und hat u. a. auch schon weitgehende Beleihungszugeständnisse der Preußischen Landes-Pfandbrief-Anstalt gefunden. Eine beschleunigte Verwirklichung des Planes ist aus sozialen, volkswirtschaftlichen und gemeinnützigen Gründen nur zu wünschen.

Vorstandssitzung der Handwerkskammer zu Arnsberg

am 25. Dezember 1923 zu Iserlohn.

Nach dem Geschäftsbericht des Syndikus ergab sich, daß infolge der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Tätigkeit der Kammer in den letzten drei Monaten eine sehr umfangreiche gewesen ist, u. a.: Begutachtung der Entwürfe der Gewerbesteuer-, Arbeitsgerichts-, Jugend- und Berufsgesetze, Stellungnahme zu der steuerlichen Belastung des Handwerks, besonders in Bezug auf die Betriebssteuer, die Rhein-Ruhrabgabe, Einkommensteuervorauszahlungen, Gewerbesteuern usw. Ferner wurden Schritte getan zur Befreiung des Handwerks von der Landabgabe und landwirtschaftstreibender Handwerker von der Umsatzsteuer. Die Reform der Reichswährung wurde mit Aufmerksamkeit verfolgt, gegen die Zurückweisung von Notgeld durch Reichsbank und Privatbanken scharfer Protest erhoben. Mannigfache Klagen des Handwerks über die harten Zahlungs- und Lieferungsbedingungen der Industrie und des Großhandels wurden verfolgt, doch blieben die Bemühungen, auf eine Teilung des Währungsrisikos zwischen Lieferant und Abnehmer hinzuwirken, sehr oft durch das geringe Entgegenkommen der ersteren, erfolglos. Gegen die Richtlinien des Reichsverbandes der Industrie wurde schärfster Einspruch erhoben. Die Bemühungen zur Einführung der Goldmarkrechnung im Handwerk hatten Erfolg. Dagegen blieben alle schriftlichen und persönlichen Bemühungen, für das Handwerk des Nandgebiets ebenfalls die Hülfe des Reichs mobil zu machen, ergebnislos. Bei dieser Gelegenheit zeigte besonders die Industrie sehr wenig Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten des Handwerks. Zahlreich war die Vermittlung der Kammer in Lieferungs- und Zahlungsstreitigkeiten; ebenfalls in Wohnungsfragen. Die Einzelberatung in Steuerfragen war sehr umfangreich. Des weiteren bemühte sich die Kammer für Beschaffung von Rohstoffen, Brennholz, Leder, Schmiedekohlen usw. Der Kammer lag ferner eine umfangreiche Gutachtertätigkeit bei Durchführung des Gesetzes über den Handel mit Edel- und Altmetallen ob; weiter wurden Vorschläge für die Behebung der Notlage im Friseurhandwerk ausgearbeitet, Mißständen im Verdingungswesen nachgegangen, Stellung gegen die hohen Beiträge zu den Berufsgenossenschaften genommen, die Interessen von Verletzten bei den Berufsgenossenschaften vertreten und gegen die unhaltbaren Bankbedingungen vorgegangen. Bezüglich der Erwerbslosen-Unterstützung für das Handwerk wurden energische Schritte getan. Die Bemühungen wegen der Versorgung des Handwerks mit Holz, hatten Erfolg. Das Erholungsheim in Trarbach (Mosel) wurde am 15. Oktober geschlossen; Der Besuch war trotz der schwierigen Verhältnisse zufriedenstellend. In der Berichtszeit wurden 7 neue Zwangsinnungen gegründet; eine Reihe von Berufen hat um die Anerkennung als Handwerk nachgesucht. Der Krankenkasse traten über 200 neue Mitglieder aus dem Kammerbezirk bei; die Beiträge und Leistungen wurden, ebenso wie die der Sterbekasse, auf wertbeständiger Grundlage aufgebaut. Die Arbeitsbeschaffung wurde schwieriger, da die Reparationslieferungen eingestellt wurden. Seit dem 1. September sind 89 Meisterprüfungen und 172 Gesellenprüfungen (außer den Prüfungen bei den Innungen) abgenommen worden.

Bezüglich der Entlassung von Lehrlingen bei Stillegung von Betrieben, zur Invalidenversicherungspflicht und Erwerbslosenfürsorge der Lehrlinge faßte der Vorstand unter Vorbehalt der Zustimmung des Ausschusses für das Lehrlingswesen eine Reihe von Beschlüssen. Das Mitteilungsblatt der Handwerkskammer soll jetzt wieder nach Bedarf erscheinen. Der Vorstand genehmigte nachträglich mehrere Anträge auf Abkürzung der Lehrzeit und verlieh dem Stellmachergesellen Caspar Struwe in Würdinghausen bei Gelegenheit seiner 25jährigen ununterbrochenen Tätigkeit bei dem Stellmachermeister Albert Meeser daselbst eine Ehrenurkunde.

Wirtschaftsteil.

Ein neuer Vorstoß

Ueble Dinge sind im Werk. Hinter den Kulissen der Börse hat ein **gewaltiger Ansturm gegen die Rentenmark** eingesetzt.

Die Zusammenhänge dieses neuen Vorstoßes sind geradezu phantastisch. Den Schiebern und Inflationsgewinnlern paßt schon lange die seit jetzt etwa sechs Wochen durchgehaltene Stabilität der Währung nicht. Ihre Gewinnmöglichkeiten, die sie auf Kosten der Existenz Hunderttausender bisher so mühelos genossen, sind abgeschnitten. Seit der Stabilität der Mark sind auch keine Devisengeschäfte mehr zu machen, und die eingehamsterten Bestände müssen langsam, ebenso wie die zu Spekulationszwecken aufgespeicherten Waren gelockert werden. Der Preisabbau, der sich durch den in letzter Zeit immer schärfer sich verstärkenden Druck auf die Preise durch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reigerung durchgesetzt hat, beengt den mühelosen Gewinn noch mehr, ja bringt sogar die Gefahr erheblicher Verluste für solche Clemente.

Es gibt kein Mittel, das schlecht genug wäre, und das von diesen Vampieren nicht skrupellos ausgenutzt würde, um die Währung, und vor allem die Rentenmark schlecht zu machen. Es ist an dieser Stelle garnicht zu beschreiben, welche hinterhältigen Machenschaften in Gang gesetzt werden, und täglich von neuem auftauchen, um das gegenwärtige Kursniveau zu erschüttern. Nachdem die unterirdische Wühlarbeit bisher keinen Erfolg hatte, wagt man sich wieder ganz offen hervor. Am Devisenmarkt erscheinen unter dem Deckmantel der Reellität plötzlich wieder in auffallendem Maße sogenannte Konzertorders für Devisen und ausländische Zahlungsmittel überhaupt. Und zwar wird jetzt wieder, wie schon früher, das besetzte Gebiet vorgespannt. Aus dem besetzten Gebiet nämlich kommen solche, in den letzten Tagen immer drängender werdende Kaufaufträge für Devisen, wobei aber absolut nicht gesagt ist, daß diese Aufkäufe für Rechnung von Kreisen erfolgen, die nur im besetzten Gebiet ihren Sitz hätten. Es sind vielmehr ganz anderswo sitzende Elemente, die nur das besetzte Gebiet besuchen, um von dort aus den von der Regierung an der Berliner Börse errichteten Wall der Währung zu stürmen. Hand in Hand mit diesen Dingen gehen die **törichtesten Börsengerüchte**, die aber nur allzu leicht in der allgemeinen Atmosphäre der Unsicherheit, und Nervosität Glauben finden. So wurde in diesen Tagen berichtet, daß die Reichsregierung einen immerhin erheblichen Betrag — man sprach von 80—100 Millionen Goldmark — an gemünztem Gold in amerikanische Depots gebracht hätte. Das trifft absolut nicht zu. Lediglich zur Abdeckung einiger laufender, aber durchaus in Rechnung gestellter also absolut nicht unvorhergesehener Verpflichtungen sind Zahlungen an das Ausland erfolgt, die sich aber über das normale und reguläre Maß garnicht erheben.

Die Saboteure der Stabilität der Währung, und insbesondere der Rentenmark haben sich den Zeitpunkt für ihren Vorstoß gut ausgesucht. Gegenwärtig macht das Reich **die schwerste Finanzkrise** durch, die man sich überhaupt denken kann. Von Tag zu Tag, ja von Stunde zu Stunde verschärft sich die Situation. Es gehört allerlei Mut und Nervenkraft dazu, um in diesem Augenblick seitens der verantwortlichen Stellen die Fassung nicht zu verlieren. **Vor neuen inneren und äußeren Entscheidungen steht die Reichspolitik.** Der ganze Ernst der Lage ist offenbar immer noch nicht in weiteren Kreisen der Bevölkerung erkannt. Die neuentstehenden Steuern können bei weitem noch nicht die Ausgaben des Reiches decken, und so stehen wir tatsächlich unmittelbar vor der furchtbaren Frage, ob man die gegenwärtige Stabilität halten kann, dafür aber vielleicht politisch sehr schwere Entscheidungen hinnehmen muß, oder ob man um innerpolitischer Entscheidungen, oder auch nur um der Hinausschiebung solcher schließlich doch unvermeidlicher Entscheidungen willen eine neue Inflationswelle hinnehmen soll. Unseres Erachtens kann und darf die Wahl nicht schwer fallen, denn eine neue Inflation würde **absolut politische und wirtschaftliche Verderbnis zu gleicher Zeit zur Folge haben.** Die gegenwärtige wirtschaftliche Beruhigung ist die Ursache für die Abhebung der politischen Gegensätze und Schwierigkeiten, und jede künftige innerpolitische Ordnung wird zur entscheidenden Voraussetzung die vorangegangene Beruhigung und Beordnung in den wirtschaftlichen und vor allem in den Währungsverhältnissen verlangen. Man wird darum von der Regierung verlangen müssen, daß sie jenen gewissenlosen und verbrecherischen Elementen die daran sind, die Währungsberuhigung zu stören, um auf Kosten der Gesamtheit des Volkes einen erheblichen Nutzen zu ziehen, zu Leibe rückt. Kein Vorgehen kann scharf und brutal genug sein, um solche Elenden unschädlich zu machen. **Wir wissen, daß die Reichsregierung zu einem solchen Vorgehen entschlossen ist, wir wissen aber auch, daß sie dem Ansturm gegenüber gerüstet ist,** und wir sind bereit, die Regierung in all ihren diesbez. Maßnahmen auf das energischste zu unterstützen.

Steuerabzug vom Kapitalertrag.

Nach Artikel 1 § 27 der zweiten Steuernotverordnung unterliegen Zinsen wertbeständiger Anleihen und Dividenden, die im Jahre 1924 fällig werden, dem Steuerabzug vom Kapitalertrag. Die Steuer beträgt 10 vom Hundert des jeweils fällig werdenden Gesamtertrags. Der Schuldner hat die Steuer unter der Bezeichnung „Steuerabzug vom Kapitalertrag" für Rechnung des Gläubigers bei Fälligkeit einzubehalten und binnen einer Woche an die für ihn (den Schuldner) zuständige Finanzkasse (nicht Gemeindekasse) abzuführen. Mit der Abführung hat der Schuldner eine Anzeige über den fälligen Gesamtertrag bei dem für ihn zuständigen Finanzamt einzureichen und dabei auch den Tag der Fälligkeit des Kapitalertrags abzugeben.

Zinsen nicht wertbeständiger Anleihen (z. B. der alten Reichs- und Staatsanleihen), Hypothekenzinsen und Zinsen sonstiger Forderungen unterliegen dem Steuerabzug vom Kapitalertrag nicht.

Die Zinsen der wertbeständigen Anleihen des Reichs (Dollar-Schatzanweisungen, Goldanleihe, die 6 prozentigen Goldschatzanweisungen vom November 1923 und die sogenannten K. Schätze) sind einstweilen vom Steuerabzug befreit. (jf44)

Die rheinisch-westfälische Goldnotenbank.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, hat die **französische Regierung die Bedingungen**, die von deutscher Seite an die Gründung einer rheinisch-westfälischen Goldnotenbank geknüpft worden waren, **restlos abgelehnt.** Die Hauptbedingungen, die von der deutschen Regierung gestellt waren, sind folgende: 1. Erhaltung der Währungseinheit zwischen der rheinischen und der deutschen Währung. 2. Wahrung des Charakters der zu gründenden rheinisch-westfälischen Goldnotenbank als Kreditbank; deshalb keine Stückelung der auszugebenden Noten unter zwei Dollar. 3. stellte die deutsche Regierung die Bedingung, daß die rheinisch-westfälische Goldnotenbank später in die zu schaffende neue deutsche Zentralnotenbank aufgehen solle.

Berliner Fruchtmarkt.

Berlin, 5. Jan. Amtlich wurden folgende Preise festgesetzt: Getreide- und Oelsaaten für die 1000 Kg., sonst für die 100 Kg. ab Station. Die Preise verstehen sich in Goldmark, oder in Rentenmark: **Weizen**, märk., 172—175, **Roggen**, märk. 147—151, pommerscher 145—148, **Gerste**, märk. Sommer-, 169—174, **Hafer**, märk., 128—133, pomm. 120—125, **Mais**, waggonfrei Hamburg, 173—175, Weizenmehl 26—29,25, Roggenmehl 25—27,25, Weizenkleie 8,40, Roggenkleie 8,10—8,25. **Raps** 285, **Leinsaat** 450—460, **Viktoriaerbsen** 40—42, kleine Speiseerbsen 25—28, Futtererbsen 17—18, Peluschken 14—15, Ackerbohnen 12—14, Wicken 15—16, **Lupinen**, blaue, 14—16, gelbe 15—17, Serradella 17—18, Rapskuchen 12,50, Leinkuchen 25—26, Torfmelasse 8,20—8,60, Trockenschnitzel 8,20—8,40, Kartoffelflocken 17—17,50.

Für **Rauhfutter** wurden folgende Preise (in Goldmark) festgesetzt: drahtgepreßtes Roggen- und Weizenstroh 0,60—0,80, desgl. Haferstroh 0,50—0,70, desgl. Gerstenstroh 0,50—0,65 bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 0,40—0,50, gebündeltes Roggenlangstroh 0,40—0,50, Häckfel 1,20—1,40, handelsübl. Heu 1,10—1,20, gutes Heu 1,30—1,50. (Alles die 50 Kg. ab Station.)

Dortmund, 5. Jan. An der letzten **Getreidebörse** galten: inländ. Weizen Goldmark 9—9,50, desgl. **Roggen** 8—8,50, desgl. **Hafer** 8,25—8,75, ausl. **Hafer** 9—9,50, inl. **Gerste** 9,50—10, ausländ. 9,50, **Mixed-Mais** 10, runder Mais 10—10,50, **Bäckermehl** 28—29,75, Weizenmehl 26—27, Roggenmehl 26—27, Weizenkleie 3,50—4, geb. **Roggen- und Weizenstroh** 1,50, **Wiesenheu**, gut, gesund 3—3,50, Kleeheu desgl. 4,50—5, Luzernheu desgl. 5—6, alles der Zentner (bei Mehl der Doppelzentner) frei Dortmund. Infolge der Einstellung der Börse in Hamm war die Börse wieder voll besucht. Der Bedarf griff kräftig ein. Die Preise waren fest.

WTB Stinnes und Film. Unter der **Firma** „Westfilm G. m. b. H." wurde im Berliner Handelsregister eine Gesellschaft eingetragen, die der Herstellung, dem Vertrieb und dem Verleihen von Filmen, ferner dem Erwerb, der Verwertung und dem Betrieb von Kinotheatern sich widmen soll. Geschäftsführer sind Wladimir Wengeroff (Wengeroff-Film), Dr. Rudolf Becker und **Leo Bagrow** (beide von der Hugo Stinnes-Zentrale). Der Sitz der Gesellschaft ist Berlin. Die Gesellschaft wird zunächst ihre Hauptaufgabe in der Erschließung und Bearbeitung der russischen und östlichen Märkte sehen.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

* (**) **Olpe**, 7. Jan. In der heutigen Ausgabe des S. V. beginnen wir mit dem Abdruck der V. von Winterfeld'schen reizenden Novelle **„Nur ein Mädchen"**. „Nur ein Mädchen!" Wie oft mag wohl schon dies geringschätzige Wort in den verschiedensten Familien ausgesprochen worden sein, wenn statt des erwarteten Stammhalters ein Kind weiblichen Geschlechts den hoffenden Eltern in die Wiege gelegt werden mußte. Ganz besonders enttäuschend mag das Wort aber klingen in Familien, in denen durch die Geburt eines männlichen Erben die Erhaltung reicher Besitztümer bei der Familie erwartet wird. Einen solchen Fall schildert uns die bestens bekannte Schriftstellerin von Winterfeld in ihrem vorliegenden Roman. In der Familie des Grafen von Waldstein ist man durch die Geburt einer Tochter um so schwerer enttäuscht, als nun das Majorat des Grafen an einen körperlich und scheinbar auch geistig zurückgebliebenen Vetter des Mädchens fallen muß. Von dem Lebensschicksal dieser beiden Kinder, zu denen sich später noch der körperlich und geistig glänzend begabte Junker Franz von Rohrbeck gesellt, handelt der Roman. Wie sich diese drei Menschenkinder zunächst herzlich zugetan sind, dann einander unverständlich werden und sich fliehen, um sich schließlich nach schweren Herzenskämpfen wiederzufinden, das muß man sich im einzelnen von der Verfasserin des Romans schildern lassen; dann wird man erkennen, wie die als „nur ein Mädchen" bei ihrer Geburt begrüßte Heldin sich zu einer beglückten und beglückenden Vollheldin im Lebenskampfe entwickelt. Die Winterfeld'sche Dichtung nennt sich bescheiden eine Novelle, aber wir glauben nicht zu viel zu sagen, wenn wir behaupten, daß sie nach Form und Inhalt sowie an innerer Bedeutung manch dickbändigen Roman übertrifft. „Nur ein Mädchen" wird ohne Zweifel einen großen und dankbaren Leserkreis finden.

(**) **Olpe**, 7. Jan. Der Frost will nicht nachlassen, und das **Rodeln** in den Straßen der Stadt, die tagtäglich mehr vereisen, nimmt in erschreckender Weise zu. Es hat sich zu einem lebensgefährlichen **Unfug** herausgebildet. Wir gönnen der Jugend gewiß das Vergnügen des Rodelns von Herzen gern, aber alles muß seine Schranken haben. Wenigstens muß auf die Passanten die nötige Rücksicht genommen werden. Aeltere Leute, die, um allen Gefahren zu entgehen, die Stiegen, sog. Schlüppen, benutzen, können auch hier vielfach nicht unbehelligt ihres Weges gehen, weil sie nicht in der Lage sind, den heransausenden Schlitten auszuweichen. Dabei fehlt es vielfach noch nicht einmal an höhnischen Zurufen der jungen Burschen, wenn sie zur Rede gestellt werden. Es kann verlangt werden, daß polizeilicherseits hier eingegriffen wird, ehe die Knochen friedlicher Passanten zuschanden gefahren werden.

(**) **Olpe**, 7. Jan. Der **Gemischte Chor** Olpe hatte am Samstag Abend seine Weihnachtsfeier in den Räumen des Hotels Tillmann. Für Freunde des Gesanges und Verehrer guter Musik war es wie im Vorjahre wieder ein Abend edlen Genusses. Es wurde eben alles geboten: Gemischter Chor, Solovorträge und Orchesterverein. Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete „Die Wallfahrt nach Kevelaer" von Heinrich Heine, vertont von Humperdinck. Was der Chor hier leistete, war das beredteste Zeugnis dafür, welch gewaltige Fortschritte er im Laufe des letzten Jahres gemacht hat. Ein jeder, der längere Zeit keine Gelegenheit hatte, diese Sängerschar einmal zu hören, mußte sich sagen: hier ist wackere Arbeit geleistet, hier wird geschafft im Sinne der erhabenen Sangeskunst. Und das ist nicht an letzter Stelle dem überaus eifrigen Dirigenten, Seminarmusiklehrer Rosenstengel, zu verdanken, der in vollkommen uneigennütziger Weise sich der mühevollen Arbeit der Chorleitung unterzieht. Der schöne Gabentisch, der für ihn als Weihnachtsgeschenk hergerichtet war, wird ihm auch gezeigt haben, wie dankbar ihm seine Sängerinnen und Sänger sind für seine unverdrossene Arbeit. Die Festansprache hielt der Vorsitzende Fabrikbesitzer Walther Ruegenberg, der — vielfach mit humoristischen Einschlag — die vom Gemischten Chor verfolgten Ziele unterstrich und entsprechende Mahnworte an die aktiven Mitglieder und deren Angehörige richtete. Einen besonderen Genuß boten die Einzelvorträge von Frau Amtsgerichtsrat Rettebrock, Studienrat Huez und Studienrat Feige, die für ihre Gesangesdarbietungen bezw. Leistungen am Flügel wohlwollendste Anerkennung und herzlichsten Beifall fanden. Möge der Gemischte Chor auf der Bahn, die er heute wandelt, weiter so gute Fortschritte machen, und wenn er, wie geplant, demnächst in Verbindung mit dem Orchesterverein, der auch am Samstag wieder seine bewährte Kunst zeigte, vor die Oeffentlichkeit tritt, dann können wir sagen: wir haben einen Gemischten Chor, um die uns manche andere Stadt beneiden wird.

(**) **Olpe**, 7. Jan. Unser **Turnverein** feierte gestern im Saale des kath. Vereinshauses sein Weihnachtsfest. Es war ein schönes, wirklich schönes Fest, so gut vorbereitet wie es war, so prachtvoll war auch sein Verlauf. Der Saal war gedrängt voll besetzt. Die Olper wissen eben, wenn der Turnverein etwas bietet, dann gibt es etwas

Gutes, und darum waren sie auch aus allen Schichten der Bevölkerung herbeigeströmt, um der Feier beizuwohnen. Auch die Spitzen der weltlichen und geistlichen Behörden hatten sich eingefunden. Ein flott gespielter Eröffnungsmarsch leitete den Abend ein, worauf der Vorsitzende des Turnvereins, Erdniß, die Begrüßungsansprache hielt, in der er betonte, daß es zur Ueberwindung der schweren Nöte unserer Zeit notwendig sei, daß alle beseelt seien von jenem Geiste, wie er von den Turnern gepflegt werde: ein gesunder Geist in einem gesunden Körper zum Wohle des Volkes. Seine Worte klangen aus in ein kräftiges „Gut Heil" auf das Vaterland, die Stadt Olpe und den Turnverein Olpe. Nunmehr bot sich auf der Bühne ein erquickliches Bild. In weißen Turnanzügen marschierten die Turner auf, um in überaus exakten, peinlich fein ausgeführten Freiübungen den Zuschauern turnerische Leistungen vorzuführen, wie wir sie selten gesehen haben. Diese Schneid, mit der die Uebungen sich abwickelten, setzte alle in Staunen. Daher war den auch das Lob, das in starkem Beifall den Saal durchhallte, ein wohlverdientes. Und dann kamen die Turnerinnen an die Reihe. Sie warteten auf mit den Freiübungen, die im vergangenen Jahre auf dem deutschen Turnfest in München so viel Anklang gefunden hatten. Und machten sie es nicht genau so hübsch, wie die Männerriege? Wahrhaftig, es war ein Genuß, zuzuschauen, mit welcher Eleganz sich die jungen Damen ihrer Sache widmeten. Dann bot die Bühne ein neues Bild. Marmorgruppen! Alle einzig in ihrer Art! Freiübung, Schlagballspiel, Bogenschütze und Speerwerfer, Diskuswurf und Steinstoß, Ringkampf und schließlich Siegerehrung verkörpernd. Bilder reizvollsten Eindrucks. Dazu die so geschmackvoll hergerichtete Bühne, die den erhebenden Eindruck der Gruppen noch in ein besonders gutes Licht stellte. Die Zuschauer geizten auch hier mit ihrem herzlichen Beifall nicht. Nach einer kurzen Pause ging Theodor Körners „Zriny" über die Bühne. Den Spielern und Spielerinnen gebührt für ihre Leistungen uneingeschränkte Anerkennung und Lob. Sie haben sich allesamt die dankbar größte Mühe gegeben, sich ihrer gewiß nicht leichten Aufgabe zu entledigen. Und das ist ihnen wohl gelungen. Man kann mit Fug und Recht den Besuch der weiteren Vorführungen nur bestens empfehlen.

(!) **Olpe**, 7. Jan. Das städtische Pressteamt in Essen teilt mit, daß für die Ausreise in das unbesetzte Gebiet keine Abstempelung der Pässe mehr erfo[illegible] ist. Alle im unbesetzten Gebiet Wohnenden, die in das besetzte Gebiet einreisen wollen, ist nach wie vor ein Geleitschein erforderlich.

!! **Olpe**, 7. Jan. **Die Lage des Arbeitsmarktes** in Wetzlar und Lippe blieb in der Berichtswoche unter der Einwirkung der Feiertage im wesentlichen unverändert. Die ohnehin infolge der vielfachen Betriebseinschränkungen und Stillegungen in allen Industrie- und Gewerbezweigen stark eingeschränkte Vermittlungstätigkeit der öffentlichen Arbeitsnachweise hat weiter nachgelassen. Auch das eingetretene Frostwetter und starker Schneefall sind hierauf nicht ohne Einfluß geblieben. Fast überall sind Bau- und sonstige Außenarbeiten zum Stillstand gekommen. In der Landwirtschaft konnten entsprechend der Jahreszeit die wenigen zur Anmeldung gekommenen offenen Stellen leicht besetzt werden. Das Ueberangebot an männlichen und weiblichen gelernten Arbeitskräften war weiter groß, weshalb auch die vielfach versuchte Ueberführung von Arbeitslosen anderer Berufe in die Landwirtschaft zur Zeit wenig aussichtsvoll erscheint.

Briefe an das S. V

Olpe, 7. Jan. **Das Handwerks- und Gewerbeamt** schreibt dem S. V.: **Die Verkehrsverhältnisse** auf den Strecken von und nach Olpe waren infolge der Einführung des passiven Widerstandes stark in Mitleidenschaft gezogen. Man hätte erwarten können, daß jetzt nach Besserung der allgemeinen Verkehrslage vor allem auch im besetzten Gebiet auch der Olper Geschäftswelt wieder bessere Verkehrsmöglichkeiten geboten würden. Leider ist das bis jetzt nicht der Fall. Die früheren Eingaben um Verbesserung des Fahrplanes wurden von der Eisenbahn abschlägig beschieden mit der Begründung, daß eine Neueinführung von Zügen technisch unmöglich sei wegen der Ueberbürdung der in Frage kommenden Strecke durch den Güterverkehr. Dieser Grund ist jetzt weggefallen. Die Geschäftswelt hat sich seinerzeit unter dem Drucke der Verhältnisse notdürftig bei der Abwickelung der Geschäfte zurechtgefunden. Doch kann dieser anormale Zustand unmöglich länger andauern, wenn die hiesigen Geschäfte konkurrenzfähig bleiben sollen. Sparsamkeit ist an dieser Stelle in solchem Maße gewiß nicht am Platze, da die Leistungsfähigkeit von Handel und Gewerbe eine Voraussetzung für die Wiedergesundung unserer Volkswirtschaft ist. Vor allem wird es auch als sehr unzweckmäßig empfunden, daß auf den Strecken Olpe—Köln und Olpe—Betzweig eine Anzahl von Zügen nicht nach Köln Olpe und Betzweig durchgeführt wird. Die Durchführung der Züge würde den Verkehr nach den beiden wichtigen Hauptplätzen Berlin und Köln bedeutend erleichtern. Sie wären aber auch aus wirtschaftlichen Gründen sehr zu empfehlen, da es natürlich viel rentabler ist, größere Strecken als kleine Teilstrecken zu fahren. Es darf wohl erwartet werden, daß sich die Eisenbahndirektion diesen Gründen nicht verschließen wird und schnellstens Abhilfe schafft, da es sonst den Anschein [illegible] könnte, daß die Bevölkerung des Biggetales, die während des passiven Widerstandes im Verkehrswesen großer Opfer auf sich nehmen mußte, durch Beibehaltung der bisherigen Verkehrsschwierigkeiten hierfür noch besonders bestraft werden soll.

Letzte Telegramme.

WTB Berlin, 6. Jan. **Die Löhne im Steinkohlenbergbau** des unbesetzten Gebietes sowie im bayerischen Kohlenbergbau für die Zeit vom 1.—14. Januar sind im Schlichtungsverfahren vom Reichsarbeitsministerium festgesetzt worden. Der Schiedsspruch sieht eine Erhöhung des Goldlohnanteils an den bisherigen Löhnen um 10 Prozent vor. Darüber hinaus wird für jede in der vorgenannten Zeit verfahrenen Schicht eine Papiermarkzulage in dem Ausmaße gewährt, daß der Gesamtbetrag an Gold- und Papierlohn gleich dem bis zum 31. Dezember gewesenen Gesamtlohn ist.

WTB Köln, 6. Jan. Nach einer Meldung der N. Z. aus Bonn drangen gestern abend Erwerbslose in Wesseling gewaltsam in das Rathaus und das Arbeitszimmer des Bürgermeisters ein und mißhandelten den Bürgermeister, als dieser es ablehnte, hohere Unterstützungssätze zu bewilligen. Sie zwangen ihn dann, ohne Hut und Mantel an einem Umzug durch den Ort teilzunehmen. 30 Polizeibeamte aus Bonn stellten die Ordnung wieder her und verhafteten 6 Mann.

WTB Sofia, 6. Jan. Die **Sobranje** nahm in 3. Lesung das **Gesetz zur Sicherheit des Staates** an, das alle Verbände unterdrückt, die zum Zwecke der Aenderung der Staatsform zu Tätlichkeiten aufreizen. Die Gründe solcher Vereinigungen und deren Mitglieder können mit Freiheitsstrafen bis zu 15 Jahren und Geldbußen bis zu einer Million Lewa bestraft werden. In bestimmten Fällen kann auch auf Todesstrafe erkannt werden.

WTB Tokio, 6. Jan. Reuter meldet aus Tokio: Vor dem kaiserlichen Palast fand in Abwesenheit der kaiserlichen Familie eine Kundgebung statt, in deren Verlauf ein Forscher eine Bombe [illegible] anderte, die jedoch nicht explodierte. [illegible] seinen Zug wurden noch weitere drei Bomben gefunden.

)(**Berlin**, 6. Jan. Wie die Berliner Abendblätter melden, ist zwischen dem Verband der Berliner Metallindustriellen und dem [illegible] Metallarbeiterverband gestern [illegible] Verständigung erreicht worden. Die [illegible] soll am Montag bezw. Dienstag [illegible] Betrieben der Berliner Metallindustrie wiederaufgenommen werden.

WTB Paris, 6. Jan. Nach einer Havasmeldung aus **Coblenz** hat die Rheinlandkommission sich mit der Verordnung der Reichsregierung vom 27. Oktober 1923 über die Einschränkung der Beamten- und Angestelltenzahl beschäftigt und beschlossen, die Durchführung der Verordnung im Sparsamkeitsinteresse zuzulassen, jedoch unter Kontrolle.

WTB Paris, 6. Jan. Die Rheinland-Kommission hat eine Verordnung erlassen, um den französischen Franken zu stützen. Nur die Banken und Wechselbüros sind berechtigt, im besetzten Gebiet Handel mit Devisen zu treiben. Sie müssen innerhalb und außerhalb ihres Geschäftslokals den Kurs anschlagen, zu dem sie Devisen kaufen oder verkaufen. Die Verordnung erstreckt sich auch auf den Brückenkopf Kehl.

WTB Brüssel, 6. Jan. Laut Independance Belge hat der Minister des Auswärtigen mit der zuständigen Ministerialabteilung die endgültige Abfassung der **Antwort auf die deutsche Note** vom 24. Dez. 1923 begonnen. Die Note wird in den Hauptfragen, die das eigentliche Besatzungsregime betreffen sowie hauptsächlich die Ausfuhr und die Zollabsperrungen, eine sehr feste Haltung einnehmen. Frankreich und Belgien beabsichtigen die gegenwärtige Lage mit aller Energie aufrecht zu erhalten.

WTB Paris, 6. Jan. Nach dem Temps wurde im Foreign office den ausländischen Diplomaten erklärt, die **Sozialisten** würden sich so verhalten, wie das Kabinett Baldwin sich verhalten habe. Baldwin und Lord Curzon seien entschlossen gewesen, die englischen Truppen von Köln zurückzuziehen, keinen Delegierten mehr in der Rheinlandkommission zu belassen und keinen Vertreter mehr in die Botschafterkonferenz zu schicken. Macdonald und seine Kollegen würden zunächst dieses Programm durchführen, nicht mehr und nicht weniger. Das Blatt weiß nicht, ob diese vertraulichen Aeußerungen der Wahrheit entsprechen; vertraulich seien sie jedenfalls.

Verantwortlicher Schriftleiter Paul Fischer
Druck und Verlag F. X. Ruegenberg

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 40 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 wird für den Regierungsbezirk Arnsberg der Beginn der Schonzeit für Birk-, Hasel- und Fasanenhennen auf den 18. Januar 1924 festgesetzt.

Arnsberg, den 18. Dezember 1923.

Der Bezirksausschuß

Veröffentlicht.

Olpe, den 28. Dezember 1923.

Der Landrat:

(j†43) Freusberg.

Bekanntmachung.

Es sind nach vorgängiger Wahl als Schiedsmänner für eine 3jährige Amtsdauer bestellt worden:

der Gutsbesitzer Bernhard Schulte in Saalhausen für den Schiedsmannsbezirk Saalhausen,

der Werkmeister Wilhelm Duwe in Förde für den Schiedsmannsbezirk Förde,

der Landwirt August Ruth in Elspe für den Schiedsmannsbezirk Elspe,

der Buchhalter Albert Epe in Bilstein für den Schiedsmannsbezirk Kirchveischede,

der Landwirt Anton Steinberg in Oberveischede für den Schiedsmannsbezirk Helden,

der Hauptlehrer Franz Boismeier in Wenden für den Schiedsmannsbezirk Wenden.

Arnsberg, den 2. Januar 1924.

Der Landgerichtspräsident.

Bekanntmachung.

Gemäß § 188 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht, daß der Mühlenbesitzer Theodor Winkelmeyer in Neuenkleusheim, Kreis Olpe, die Eintragung des Wasserrechtes beantragt hat, gemäß des vorgelegten Antrages nebst Zeichnung das Wasser des Kleusheimerbaches an zwei Stellen zu stauen, in einem Teiche aufzusammeln und zum Antrieb eines Wasserrades für eine Mahlmühlenanlage zu benutzen.

Der Antrag mit Zeichnungen und sonstigen Unterlagen liegt in dem Geschäftszimmer des Amtes in Olpe während der Dienststunden in der unten bezeichneten Frist zur Einsicht aus.

Widersprüche gegen die Eintragung des Rechtes sind bei dem unterzeichneten Bezirksausschuß als Wasserbuchbehörde schriftlich in zwei Ausfertigungen oder zu Protokoll in der Zeit vom 10. Januar 1924 bis 10. Februar 1924 anzubringen.

Nach Ablauf der Frist wird die Eintragung des Rechtes mit der Wirkung erfolgen, daß sie gegenüber denjenigen, die innerhalb der Frist keinen Widerspruch erhoben, bis zum Beweise des Gegenteils als richtig gilt, soweit sie nicht mit dem Grundbuch im Widerspruche steht.

Arnsberg, den 28. Dezember 1923.

Der Bezirksausschuß, Abteilung I.

— Wasserbuchbehörde. —

B. A. I W. 246/22.

Ruhrkohlen

von den ersten Zechen des Ruhrgebiets liefert prompt zu Syndikatpreisen

Visser & van Dorrnum

Düsseldorf

Vertreter: Oskar Sondermann, Gummersbach.
(j†47) Schließfach 28,
Telefon 516 Amt Gummersbach.

Bedeutendes Margarinewerk

ältestes der Branche (Lieferung jede Woche zweimal frisch) sucht für den Bezirk Olpe einen

tüchtigen Vertreter.

Nur solche wollen sich melden, welche über ein Lager verfügen und gute Aufträge erzielen können.

Offerten unter K. P. j†45 an die Exped. dieser Zeitung.

Turn-Verein :-: Olpe

Turnstunden:

Turnerinnen: Dienstags 8 — 10 Uhr
Turner: Freitags 8 — 10 Uhr
Zöglinge: Mittwochs 8 — 10 Uhr
in der Turnhalle des Lehrerseminars.

3jähriges, fehlerfreies

Pferd

leichten Schlages gegen frischmelke oder hochtragende Kuh zu vertauschen oder zu verkaufen. (j†39)

Walter Meisenburg
Färberei, Bergneustadt.

Maßschäfte

werden schnell u. sauber angefertigt. Garantie für gute Paßform.
Heinr. Reperich,
Schäftemacherei,
Olpe, Winterbergstr. 53.

NACH AMERIKA

Regelmässiger Passagierdienst mit erstklassigen Schnelldampfern der

RED STAR LINE

Antwerpen - New York

Sicherheit — Sauberkeit — Schnelligkeit
Kürzeste Verbindung zum Seehafen

Auskunft kostenlos und Fahrkarten durch

Herm. Lindemann, Köln
Domkloster 2. Telephon Rhld. 7653.

Gewandter, selbständig arbeitender

Kaufmann

für sofort gesucht. Derselbe muß befähigt sein, in allen Angelegenheiten den Chef vertreten zu können. Angenehme Stellung, bei zufriedenstellenden Leistungen eventuell Dauerstellung.

Offerten unter Beifügung von Zeugnisabschriften, Angabe von Referenzen und der Gehaltsansprüche unter G. F. Nr. j†1224 an die Geschäftsst. ds. Bls.

Metallgießerei-Fachmann

für Armaturen u. dünnwandigen Guß (Formmaschinen) als Meister oder Vorarbeiter gesucht.

Derselbe muß in der Lage sein, unsere Gießerei durch tätige Mitarbeit auf Leistung zu bringen. (j†49)

Messingwerk Schwelm
Albert Klein & Co.
G. m. b. H.,
Schwelm i. Westf.

Tüchtiges

Mädchen

für alle Hausarbeit für sofort gesucht. (j†48)

Ww. Esser,
Olpe, Winterbergstr.

Für zwei arme

Waisenkinder

ein Mädchen von 11½ und ein Mädchen von 8½ Jahren bittet um Aufnahme bei edeldenkenden Familien

Pfarrer Sondermann,
Gerthe b. Bochum.

Gefl. Meldungen umgehend erbeten.

Siegener Zeitung

Amtliches Kreisblatt Siegen i. Westf.
Erscheint täglich.
Die Haupt-Tageszeitung des industriereichen Siegerlandes.
1 mm Höhe in der 27 mm breiten Spalte 15 Goldpfennige;
1 mm Höhe in der 75 mm breiten Spalte 50 Goldpfennige.

Platina, Gold u. Silber

Alle Gegenstände aus diesen Metallen, wenn auch zerbrochen oder beschädigt, kauft zu höchsten Tageskurs

Otto Scherer, Attendorn,
(752) Wasserstr. 16.

Kunstdünger

Schwefels. Ammoniak, Lenna-Salpeter, Kalkstickstoff, Ammoniak-Superphosphat sowie Thomasmehl, Kainit und Kalisalze liefert für Wiederverkäufer und ländliche Genossenschaften zu Fabrikpreisen

Gustav Korf
Au (Sieg). (j†42)

Mäuse

und Ratten können Sie mit meinem Mittel restlos vertilgen. Eine Portion, für kleineres Haus reichend, kostet 2. Rent.-Mk. postfrei. (w89

J. Reinelt,
Kammerjäger,
Niederscheiden (Sieg).

Moderne

WERKSTATT

FÜR
AUTOMOBILE, MOTORRAEDER u. FAHRRAEDER

Heinr. Clemens,
OLPE i. W.
Winterbergstr. 4 Telefon 272.

Herren- Damen-**Wäsche**

fertigen an in bester Ausführung

Geschw. Kaiser
Wäsche-Fabrik
OLPE i. W.
Schützenstrasse 15
Telefon 135.

Ein Inserat im SV hat stets Erfolg